

presse

Ursachen der weltweiten Kinderarbeit nachhaltig bekämpfen

Anlässlich der heutigen Debatte im Deutschen Bundestag zur Bekämpfung der weltweiten Kinderarbeit erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Hausangestellte, der Ausbau sozialer Sicherungssysteme sowie das Verbot von Kinderarbeit bei allen EU-Handelsabkommen sind Instrumente zur besseren Bekämpfung von Kinderarmut, sagt Karin Roth. Die Bundesregierung ist darüber hinaus aufgefordert, für ein verbindliches Zertifizierungssystem entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette zu sorgen, um faire Arbeitsbedingungen zu sichern und weltweite Kinderarbeit zu verhindern.

Kinderarbeit ist ein Verbrechen und eine besonders subtile Form von Gewalt gegen Kinder. Mit den Konventionen 138 und 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wird Kinderarbeit deshalb weltweit geächtet. Auch Deutschland hat diese Konventionen ratifiziert und nicht nur nationale Verantwortung übernommen, sondern ist damit auch die Verpflichtung eingegangen, sich weltweit für die Bekämpfung von Kinderarbeit einzusetzen.

Nach Schätzungen der ILO arbeiten weltweit 215 Millionen Tag für Tag. Mehr als die Hälfte von ihnen unter gefährlichen und ausbeuterischen Bedingungen. 53 Millionen dieser Kinder sind jünger als 14 Jahre. In Indien arbeiten Kinder in Steinbrüchen, in Ziegeleien und in der Landwirtschaft. In Bangladesch werden Kinder - vor allem Mädchen - in der Textil- und Schuhindustrie ausgebeutet.

Eine der am weitesten verbreitete Form von Kinderarbeit ist die Arbeit in privaten Haushalten. Die ILO schätzt die Zahl der Hausangestellten auf über 50 Millionen weltweit. 83 Prozent davon sind Frauen und Mädchen. UNICEF zufolge, ist in Bangladesch jedes fünfte in privaten Haushalten beschäftigte Kind erst zwischen fünf und zehn Jahren alt. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, umgehend das nationale Ratifizierungsverfahren für die im Juni dieses Jahres verabschiedete neue ILO-Konvention 189 über menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Hausangestellte einzuleiten und so ein international wichtiges Signal zu setzen.

Die Hauptursache für Kinderarbeit ist Armut. Die wirtschaftliche Not lässt Familien oft keine andere Wahl: Ihre Kinder müssen mitverdienen, um die Existenz zu sichern, anstatt zur Schule zu gehen. Damit beginnt ein Teufelskreis: Ohne Ausbildung bekommen sie später keine bessere Arbeit. Sie bleiben arm und können oft auch ihren Kindern kein besseres Leben ermöglichen. Für Mädchen gilt dies besonders. Um die Armut nachhaltig zu bekämpfen, muss die wirtschaftliche Situation der Familien verbessert werden. Dazu müssen soziale Sicherungssysteme aufgebaut und die Gesundheitsversorgung für die ärmsten Familien sichergestellt werden.

Wir fordern zudem, dass das Verbot von Kinderarbeit bei allen EU-Handelsabkommen verpflichtend vereinbart wird. Sollte ein Land diese Verpflichtung nicht eingehen wollen, darf es kein Handelsabkommen geben. Die Bundesregierung hat deshalb im Rat und gegenüber der Kommission dafür Sorge zu tragen, dass dieser Grundsatz in der europäischen Handelspolitik verankert wird. Dies gilt besonders für die laufenden Verhandlungen mit Indien.

Schließlich erwarten wir, dass die Bundesregierung endlich Vorschläge auf den Tisch legt, damit soziale und ökologische Mindeststandards bei der öffentlichen Vergabe angewendet werden.

Ziel ist ein verbindliches Zertifizierungssystem entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette. Damit schaffen wir Transparenz über Herstellung der Waren und Dienstleistungen. Dies ist ein zentraler Schlüssel für die Sicherung fairer Arbeitsbedingungen und eine Voraussetzung für die Bekämpfung der weltweiten Kinderarbeit. Für Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten ist klar: Die Kinderrechte, die auf der ganzen Welt Tag für Tag mit Füßen getreten werden, sind nicht verhandelbar und dürfen keinesfalls wirtschaftlichen Profitinteressen untergeordnete werden.